

Flexible Elternzeit für mehr Produktivität bei der Arbeit

Drei Mitglieder der Bündner Mitte-Grossratsfraktion wollen die Elternzeit flexibilisieren. Um das zu schaffen, regen sie an, dass Graubünden beim Bund eine Standesinitiative einreicht.

von Pierina Hassler

Mitte-Grossrätin Luana Bergamin stellt es gleich zu Beginn des Treffens mit dieser Zeitung klar: «Es geht nicht um ein Herzensthema, es geht um die Weiterentwicklung des Kantons.» Bergamin und ihre Fraktionskollegen Ursin Widmer und Kenneth Danuser wollen die Elternzeit flexibilisieren, aber nicht verlängern. Zurzeit kennt die Schweiz für erwerbstätige Eltern den Mutter- und den Vaterschaftsurlaub. Zusammen stehen ihnen 16 Wochen Elternzeit zur Verfügung. Die ersten acht sind gesetzlich verankert. Von den weiteren acht sind sechs Wochen an die Frau gebunden. Insgesamt stehen der Frau heute 14 Wochen Mutterschaftsurlaub zur Verfügung, dem Mann zwei Wochen Vaterschaftsurlaub. Bergamin, Widmer und Danuser wollen neu die acht Wochen nach Ablauf der gesetzlich verankerten Zeit zu einer Elternzeit zusammenfassen.

Für die jetzt geforderte Flexibilisierung brauche es eine Standesinitiative, so Bergamin. «Weil die Elternzeit auf Bundesebene geregelt sein muss.» Die Kantone besitzen auf Bundesebene ein Initiativrecht. Mit einer Standesinitiative kann jeder Kanton bei der Bundesversammlung Verfassungs- oder Gesetzesvorlagen einbringen. Letztlich ist es dann den eidgenössischen Räten überlassen, ob sie dem Begehren entsprechen wollen.

«Als Politikerinnen und Politiker sind wir in der Pflicht, für den Kanton zu schauen», erklärt Bergamin. Mit der Standesinitiative zur Elternzeit würden sie und ihre beiden Parteikollegen genau dies tun. «Aber eben so, dass Graubünden in Bezug zu Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie auf verschiedene Familienmodelle nicht schlechter da steht als andere Kantone», fügt Bergamin hinzu. Es dürfe nicht sein, dass flexiblere Arbeitszeiten und höhere Löhne andere Kantone attraktiver machen würden.

Bei der Erziehung mitwirken

Diverse Studien hätten gezeigt, dass sich eine flexible Elternzeit positiv auf



Flexible Elternzeit: Beide Elternteile sollen die Möglichkeit haben, bei der Erziehung ihrer Kinder mitzuwirken. Bild Christian Beutler / Keystone

«Das Ziel ist eine Flexibilisierung des bestehenden Modells.»

Luana Bergamin
Grossrätin (Die Mitte)

die Volkswirtschaft und somit auf Unternehmen auswirken würden, sagt Unternehmerin Bergamin. Die Studie der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) kommt beispielsweise zum Schluss, dass die volkswirtschaftliche Arbeitsproduktivität durch bezahlte Elternzeit erhöht wird. «Die Ausgaben des Staates lassen sich bereits bei einer geringen Erhöhung der Erwerbstätigkeit der Mütter dank höheren Steuererträgen kompensieren», so die EKFF.

Bergamin, Widmer und Danuser haben sich im Vorfeld viele Gedanken zum Thema Elternzeit gemacht. Unter

anderem ist ihnen wichtig, dass neu beide Elternteile gleichberechtigt die Möglichkeit haben sollen, bei der Erziehung mitzuwirken. «Das Ziel ist eine Flexibilisierung des bestehenden Modells und damit eine finanziell tragbare Lösung für den Staat und die KMU.»

Sache des Bundes

Alle drei Mitte-Grossratsmitglieder sind der Meinung, dass derzeit ein grosses Potenzial ungenutzt bleibt, weil notwendige Reformen beim Thema Elternzeit auf Grund von Ideologien blockiert sind. «Und wir würden uns natürlich freuen, wenn wir uns als Mitte für eine mehrheitsfähige Lösung für Familien einsetzen könnten», so Bergamin. Durch die Einführung einer flexiblen Elternzeit könnten die Erwerbsquote von Frauen gesteigert und die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere bei Einstellungs- und Beförderungsentscheiden, verringert werden. «Eine stärkere Beteiligung am Arbeitsmarkt verbessert ihre finanzielle Unabhängigkeit, ihre Rentenleistungen und ist

zudem eine Massnahme gegen den wachsenden Fachkräftemangel.»

Nicht zum ersten Mal setzt sich die Bündner Politik für die Elternzeit ein. In der Oktobersession 2021 des Grossen Rates reichte Jöri Schwärzel den Auftrag «kantonale Elternzeit» ein. Graubünden könne sich so im Standortwettbewerb der Kantone positionieren, schrieb schon er. Denn es würden gleich mehrere Verbesserungen für Familien, Wirtschaft und Gesellschaft erreicht. Die Bündner Regierung beantwortete den Auftrag grundsätzlich wohlwollend, schrieb aber: Der Erlass einer kantonalen gesetzlichen Regelung betreffend eines Elternurlaubs für die Arbeitnehmenden in einem Kanton sei nur beschränkt möglich. «Die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Zivilrechts ist Sache des Bundes.» Bergamin, Widmer und Danuser begründen ihre Standesinitiative unter anderem genau mit dieser Antwort. «Wenn, wie die Bündner Regierung sagt, der Bund für die Elternzeit zuständig ist, müssen wir eine Standesinitiative einreichen, damit sich etwas bewegt.»

Ein Mittelweg beim Davoser Steuerfuss

Die Davoser Exekutive will die Steuern ab 2024 um sechs Prozent senken. Das Parlament forderte eine grössere Entlastung.

In Davos wird politisch schon länger über eine Senkung des Steuerfusses von derzeit 103 auf 99 Prozentpunkte diskutiert. Bei der letztjährigen Beratung des Budgets 2023 hatte der Davoser Grosse Landrat beschlossen, dass im Voranschlag 2024 eine Reduktion um acht auf 95 Prozent vorgenommen werden soll. Nun liegt dieses Budget vor, das Ortsparlament wird es Mitte September beraten. Der Kleine Landrat beantragt ab 2024 eine Steuerfussenkung von 103 auf 97 Prozent. Dies im Sinne einer Kompromisslösung. Begründet wird diese schwergewichtig mit der geplanten Revision des kantonalen Steuergesetzes, die 2025 vom Grossen Rat behandelt werden soll. Ändere der Kanton die Abzüge und somit die Bemessungsgrundlage, so reduziere sich das steuerbare Einkommen, wodurch «auch die Gemeinden weniger Steuererträge erzielen, und dies zusätzlich zur Steuerfussreduktion, die nun mit dem Gemeindebudget zu genehmigen ist», hält die Davoser Exekutive in ihrer Botschaft fest.

Ausfälle nicht vorhersehbar

Das Ausmass entsprechender Ausfälle sei nicht vorhersehbar, sie könnten aber den Haushalt beträchtlich belasten, da «eine erneute Erhöhung des Steuerfusses kaum möglich sein wird», schreibt die Davoser Regierung. Mit dem vom Kanton geplanten Massnahmen und dem Kompromissvorschlag des Kleinen Landrats «dürfte die Entlastung der Bevölkerung insgesamt gleich oder gar höher ausfallen als die alleinige Senkung des Steuerfusses auf 95 Prozent, womit dem Anliegen des Grossen Landrats Rechnung getragen ist». Das Davoser Budget 2024 sieht in der Erfolgsrechnung Erträge von knapp 134,77 Millionen Franken und einen Gesamtaufwand von 128,73 Millionen Franken vor. Erwartet wird ein operatives Ergebnis von rund fünf Millionen Franken. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf 37,05 Millionen Franken. Für 2024 wird aufgrund der Investitionen mit einem Schuldenanstieg von voraussichtlich rund zehn Millionen Franken gerechnet. (béz)

Grosser Rat widmet sich den Zukunftsproblemen

In der Augustsession übernimmt ein neuer Standespräsident das Zepter. Das Bündner Parlament spricht ausserdem darüber, welche Ziele für die Jahre 2025 bis 2028 Priorität haben und testet eine neue Anlage.

von Patrick Kuoni

Vom 30. August bis zum 2. September tagt das Bündner Parlament. Im Fokus stehen vor allem die übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze für die Jahre 2025 bis 2028. Konkret: Das Parlament gibt damit jeweils alle vier Jahre die Leitplanken vor, aufgrund derer die Regierung dann ihr Regierungsprogramm ausgestaltet. Dieses wiederum gibt vor, welches die wichtigsten Aktivitäten für die kommenden vier Jahre sind.

Die Grundlagen werden im Vorfeld von der Bündner Regierung zusammen mit der grossräthlichen Kommission für Staatspolitik und Strategie erarbeitet. Die insgesamt zwölf Ziele und die zugehörigen Leitsätze orientieren sich dabei jeweils an den aktuellen

Problemen, Herausforderungen und Trends.

Ein Beispiel: Immer wieder ein Thema im Parlament war die kantonale Verwaltung, die ihre Tätigkeiten – wo immer möglich – an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten soll. Gleichzeitig wurde auch immer wieder Effizienz gefordert. Genau das wurde nun als Ziel 1 unter dem Stichwort «Dienstleistungen des Kantons» aufgenommen.

Als Leitsätze zum Ziel heisst es dann unter anderem: «Verwaltungsabläufe sind ressourcenschonend und transparent auszugestalten. Ein Fokus liegt dabei auf der elektronischen Verfahrensabwicklung und der digitalen Transformation zur Gewährleistung einfacher, kundenfreundlicher Abläufe.» Schwerpunkte sind auch die

Dauerthemen Fachkräftemangel, Raumplanung und Wohnungsnot.

Festlichkeiten in Chur

Daneben stehen in dieser Session nur sehr wenige Entscheide an, da sehr viele Anfragen traktandiert sind. Erwähnenswert ist, dass ein neuer Standespräsident gewählt wird. Dies wird gleich am ersten Tag der Session geschehen. Läuft alles normal, wird dann der Mitte-Politiker und Präsident von Gastro Graubünden, Franz Sepp Caluori, für ein Jahr zum höchsten Bündner gewählt.

Am letzten Tag der Augustsession – am Samstag – findet die Feier für den neu gewählten Standespräsidenten in Chur statt. Als Standesvizepräsidentin schlägt die SP-Fraktion Silvia Hofmann vor, die somit voraussichtlich im Au-

gust 2024 für Caluori übernehmen wird.

Zu bereden gibt es ausserdem einen Auftrag. Dieser wurde von der FDP eingereicht und dreht sich um den Ausbau der Wasserkraft. Die Partei möchte, dass die Regierung aufzeigt, wie sie die «strategisch relevanten Wasserkraftwerke optimal unterstützen und begleiten kann, damit diese rasch die nächsten Hürden nehmen». Die Regierung empfiehlt den Auftrag zur Ablehnung. Dies, weil die beiden im Auftrag genannten Projekte (Lagobianco und Chlus) aus Sicht der Exekutive aufgegleist seien und der Kanton «bereits alles in seiner Handlungskompetenz Stehende getan hat und weiter unternehmen wird».

Pünktlich zum Beginn der Augustsession sind auch die Umbauarbeiten

am Grossratsgebäude abgeschlossen. Im Zeitraum von rund dreieinhalb Monaten wurden das neue Sicherheitskonzept umgesetzt sowie die baulichen Voraussetzungen für die Simultanverdolmetschung der Grossratsdebatten realisiert. Dafür hat der Kanton gemäss einer Mitteilung rund 2,3 Millionen Franken in die Hand genommen. In der Augustsession werden die Ratsmitglieder bereits von übersetzten Voten profitieren können. Übersetzt werden alle Voten ins Deutsche und ins Italienische. Bei erfolgreichen Tests werden die Übersetzungen dann ab Oktober im Livestream integriert.

Bereits bekannt ist ausserdem, dass in den kommenden Tagen zahlreiche neue Vorstösse eingereicht werden. Unter anderem regt die Mitte eine Standesinitiative an (siehe Artikel oben).